

Der Textil-Arbeiter

Schiffelung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magagnistr. 67 II
Verleger: Röntgenstr. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textilprolog Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzeile 150 Mark
Anzeigen- und Werbegelder sind am Otto Behms, Berlin D 27,
Magagnistr. 67 II (Postfachkonto 5886), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: An unsere weiblichen Mitglieder. — Bekanntmachung. — Stellungnahme des Beirats zum Problem „Wertbeständige Löhne“. — In Erwartung des Kommenden. — Was wird aus dem Fortwurseln? — Wertbeständige Löhne. — Die Entlohnung in sozialen Betrieben. — Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsräte für das Jahr 1921. — Wessen sich christliche Textilarbeiterinnen schämen sollen. — Fachblatt und soziale Frage. — Die Lohnbewegungen in Schlesien. — Dritte Arbeiterinnenkonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes (Gau Schlesien). — Jugend. — Aus der Textilindustrie. — Erste deutsche Fachmesse „Die Herrrenmode“, Berlin. — Soziale Mundschau. — Die neuen Postgebühren. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsseite I: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (XVIII).

keine höheren Löhne verlangen dürfen, weil durch eine Erhöhung der Löhne die Inflation gefördert würde. Dieser Regiergungsauffassung gegenüber betont Umbreit, daß die Denkschrift der Regierung vollständig daneben greife. Schon die kapitalistische Wirtschaft an sich und hauptsächlich die Kartellpolitik im besonderen, würde einer vermehrten Warenerzeugung entgegen. Er wies darauf hin, daß die Betriebe in ihrer technischen Einrichtung zum Teil rückständig geblieben sind. Die Preise für die Fertigfabrikate werden nicht auskalkuliert nach der Leistungsfähigkeit der fortgeschrittenen Betriebe, sondern man nehme Rücksicht auf die rückständigen Betriebe. Es habe sich deshalb gezeigt, daß heute die rückständigsten Betriebe, die mit den rückständigsten Produktionsmitteln arbeiten, immer noch konkurrenzfähig sind. Die Warenknappheit beruhe deshalb nicht auf dem Achtstundentag, sondern auf der Rückständigkeit der Industrie. Da die Weltmarktpreise noch nicht eingeholt seien, habe die Industrie gar kein Interesse, ihre Betriebe konkurrenzfähiger zu machen. Es fehle in dieser Hinsicht an dem wirtschaftlichen Zwang.

und den anderen Spitzenorganisationen durch entsprechenden Druck auf die Regierung, die Wertbeständigkeit der Löhne herbeiführen zu helfen. Er fordert zu diesem Zwecke die Schaffung einer möglichst wöchentlich feizustellenden, alle materiellen und geistigen Lebensbedürfnisse erfassenden Indexziffer, deren Bewegung die Zuschläge zu folgen hätten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Beratung über eventuell gestellte Anträge zur Generalversammlung lagen eine Anzahl Anträge aus den verschiedenen Bezirken des Reiches vor. Ein Antrag Güttler, Breslau, wurde abgelehnt. Sämtliche anderen Anträge wurden der Statutenberatungskommission, die vor der Generalversammlung zusammentreten muß, zur Beratung übergeben.

An unsere weiblichen Mitglieder.

Von Arbeiterinnenkommissionen, Gau- und Landesauschüssen der Arbeiterinnen, Ortsverwaltungen und Gauleitungen besonders zu beachten.)

Die Bildung der Arbeiterinnenkommissionen ist in den Gauen, in welchen zu diesem Zweck bereits Konferenzen abgehalten wurden, noch nicht überall durchgeführt. Insgesamt sind bis jetzt 80 Arbeiterinnenkommissionen gemeldet. Landes- oder Gauauschüsse bestehen, soweit es in der Zentrale bekannt ist, erst drei. Ueber die Tätigkeit derselben liegen, mit Ausnahme von Sachsen, Berichte nicht vor. Es wird gebeten, solche Berichte an das Arbeiterinnensekretariat gelangen zu lassen. Die Generalversammlung muß einen Ueberblick bekommen über die Tätigkeit der Kommissionen. Arbeiterinnenkommissionen, die sich einen Arbeitsplan geschaffen haben (vier Regen bis jetzt vor), werden ebenfalls gebeten, dem Arbeiterinnensekretariat ein Exemplar einzusenden.

Bekanntmachung.

Wieder neue Beitragsmarken.

Außer den bereits in früheren Nummern (zuletzt in Nr. 24) genannten Markenorten werden nun auch solche zu 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 9500 und 10 000 Mark ausgegeben. Die Ortsverwaltungen seien ersucht, ihre Bestellungen auf die von ihnen benötigten Markenforten schleunigst aufzugeben, damit die Verabfolgung der ihrem Stundenverdienst entsprechenden Marken an die Mitglieder keinen Aufschub erleide. Der Vorstand.

Stellungnahme des Beirats zum Problem „Wertbeständige Löhne“.

Am 24. und 25. Juni fand in Berlin eine Sitzung des Beirats des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Jäckel dem vor Jahresfrist durch rechtsstehende Banditen hingemordeten Staatsmann Walter Rathenau einen tiefempfundenen Nachruf, in welchem er das Wirken dieses seltenen Mannes besonders würdigte.

Als Beratungsgegenstand wurde die Frage „Wertbeständigkeit der Löhne“ behandelt. Als Referent war hierfür der Redakteur des Korrespondenzblattes Genosse Umbreit gewonnen. Umbreit führte zu dieser Frage etwa folgendes aus: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund habe schon früher zur Frage der wertbeständigen Löhne Stellung genommen. Nach dem letzten großen Marksturz sei man jedoch noch stärker gezwungen worden, diese für die Arbeiterschaft so wichtige Frage einer Klärung entgegenzuführen. Es bestände wohl kein Zweifel darüber, daß die Klärung dieser Frage Schwierigkeiten verursache und daß ferner die Durchführung der Wertbeständigkeit der Löhne entgegen dem Willen der Arbeitgeberkreise durchgeführt werden müsse. Die Frage der Entlohnung der Arbeiterschaft nach einem beständigen Wertmaß könne nur durch die Macht der Gewerkschaften gelöst werden.

Die Frage der Wertbeständigkeit der Löhne hänge mit dem Währungsverfall der Mark aufs innigste zusammen. Die Mark scheide immer mehr als Wertmaß aus. Infolgedessen könne sie auch nicht als Wertmaß für die Löhne der Arbeiter weiterhin betrachtet werden. Ueber die Ursache des fortgesetzten Währungsverfalls der Mark gingen die Anschauungen der bürgerlichen Volkswirtschaftler und der Arbeiter weit auseinander. Die bürgerlichen Volkswirtschaftler verurteilten die Schuld an dem Währungsverfall auf die kurze Arbeitszeit, die nach ihrer Auffassung eine große Warenknappheit hervorruft, zurückzuführen. Sie forderten deshalb die Verlängerung des Arbeitstages, um über die Verlängerung des Arbeitstages hinweg zu einer höheren Warenerzeugung zu gelangen. Ferner machten sie die Kriegslasten und die Reparationsverpflichtungen mit dafür verantwortlich. Die Reichsregierung mache sich die Argumente dieser bürgerlichen Volkswirtschaftler zu eigen. Sie habe vor kurzem eine Denkschrift über den Währungsverfall herausgegeben, in welcher sie in den Vordergrund ihrer Beweisführung die Forderung stelle: Mehrleistung von Arbeit, um zu einer höheren Warenerzeugung zu gelangen. Im weiteren werde in dieser Regierungsdienstschrift eine Einschränkung des Verbrauchs empfohlen. (Die Geheimräte, die diese Denkschrift verfaßt haben, scheinen gar nicht zu wissen, daß 90 Prozent der Bevölkerung die bitterste Not leiden und auf jede Annehmlichkeit verzichten müssen. Es bleibt nur eins: entweder die Geheimräte sind vollkommen unwissend, oder sie haben die Denkschrift als freiwillige Synthese der Unternehmer geschrieben. D. Red.) Die Reichsregierung vertritt in ihrer Denkschrift ferner die Auffassung, daß, wenn die Löhne immer der Markentwertung entsprechend erhöht würden, dies die Inflation stark fördere. — Es wird der Versuch gemacht, den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß die Arbeiter

Die Regierung versuche die Arbeiterschaft in ein neues ehernes Lohngesetz einzufügen. Wir haben schon in den 70er Jahren ein solches ehernes Lohngesetz gesprenzt und werden es wieder tun, mit Hilfe der Macht der Gewerkschaftsorganisation. Der Inflation muß endlich durch ein vernünftiges Steuergesetz entgegengetreten werden. Bis heute hat man nur eine Steuer, die wertbeständig ist, und zwar die Lohnsteuer. Das Reich müsse versuchen den Reichshaushalt dadurch auszugleichen, daß das gesamte Steueraufkommen wertbeständig gemacht würde. Dies sei die erste Bedingung, um den weiteren Währungsverfall zu verhindern. Außerordentlich bedenklich sei es, daß das Reich den Industriellen, trotzdem sie die Steuern erst mindestens 1 Jahr später an das Reich abführen, noch große Steuererfindungen gewährt habe. Die Regierung habe ferner der Industrie große Kreditvorschüsse gegeben. Die Industrie habe diese Vorschüsse zu Devisenankäufen benutzt und hierdurch die Markstützungsaktion zum Scheitern gebracht. Die Industrie habe zweifellos ungeheure Spekulationsgewinne auf Kosten der Arbeiter gemacht. Dieses Vorgehen der Regierung sei in jeder Richtung hin unverständlich gewesen. Alles rechnet heute nach Gold, nach einem wertbeständigen Wertmaß. Nur der Arbeitslohn wird nach Papiermark berechnet. Dadurch sei es dahin gekommen, daß die Substanz der Arbeitskraft immer weiter ausgehöhlt worden sei. Der Lohn gleiche von Tag zu Tag abwärts und die Lebensmöglichkeit der Massen werde von Tag zu Tag stärker bedroht. Dabei treibe die deutsche Industrie eine schlimme Schmuckkonkurrenz. Die Verschleuderung der Waren im Ausland geschehe auf Kosten der deutschen Arbeitskraft. Es stehe ganz außer Frage, daß die Industrie bedeutend höhere Löhne zu zahlen in der Lage wäre. Dies zeige sich schon dadurch, daß z. B. in der Maschinenindustrie und Eisenkonstruktion in der Vorkriegszeit der Arbeitslohn 15 Prozent des Zeugungswertes ausmache und gegenwärtig nur noch 5 Prozent beträgt. Die Lohnquote spiele heute überhaupt keine Rolle mehr. Wir müssen deshalb mit aller Entschiedenheit ein wertbeständiges Entlohnungssystem fordern. Es müsse ein Grundlohn festgesetzt werden, der mit den Gewerkschaften durch Tarif geregelt würde. Darüber müsse der Teuerungszuschlag gefügt werden, der sich auf einen gerechten Index aufbaue. Dieser Index müsse einheitlich berechnet werden und für alle Arbeiter Geltung haben. Die heutige Indexberechnung könne hierzu nicht verwandt werden, sie sei zu dürftiger Grundlage aufgebaut und würde viel zu spät errechnet. Wir brauchen wöchentliche Stichtagsberechnungen. Am richtigsten sei, daß eine kombinierte Indexberechnung aufgestellt werde, und zwar zum Teil auf den Großhandels- und Kleinhandelspreisen, und zwar deshalb, weil die Großhandelspreise oder der Großhandelsindex uns schon die Preissteigerung für die nächsten Tage anzeigt. Daneben sei notwendig, mit aller Macht dahin zu streben, daß wir über die heutige Entlohnung hinausgehen, die nur ein kümmerliches Existenzminimum darstelle. Dies alles zu erreichen, ist jedoch nur mit Hilfe der Macht der Gewerkschaften möglich.

Als zweiter Referent sprach Genosse Dr. Kurcharski. Er führte aus: Wir brauchen eine Milderung der Lohnpolitik. Es müsse ein Versuch gemacht werden, eine weitere Senkung der Kaufkraft der Lohnempfänger zu verhindern. Er schloß sich dem von Umbreit Gefagten an, daß für die Preisgestaltung nur der am schlechtesten rentierende Betrieb zur Grundlage genommen werden würde. Er unterstrich ferner nochmals, daß das Reich die Spekulationen begünstige, indem es der Industrie Geldkredite zur Verfügung stelle. Die Steuererhebung müsse endlich auf Goldzahlung eingestellt werden. Er unterstrich nochmals, daß, wenn wir eine Milderung des bisherigen Entlohnungssystems erreichen wollten, dies nur von der gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft abhängt.

In der Diskussion sprachen Feinhals, Bierwirth, Müller, Krüger, Schmidt, Zwiebel, Schrader und Jäckel.

Einstimmig angenommen wurde folgende

Resolution:

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes konstatiert ein ununterbrochenes Sinken des Reallohnes und damit eine ständige Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft infolge ununterbrochener Verschlechterung des deutschen Geldwertes. Die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat sich in den letzten Monaten bei dem schnellsten Tempo der Markentwertung in katastrophaler Weise ausgewirkt.

Der Beirat brandmarkt die von der Reichsregierung unter Führung des Wirtschaftsministers unter dem Vorwand der Markstabilisierung vor kurzem als Notwendigkeit proklamierte Stabilisierung der Arbeitslöhne als eine den Interessen der Arbeiterschaft und des Vaterlandes zuwiderlaufende Maßnahme. Er verurteilt die von der Regierung in Angriff genommene angebliche Stabilisierung der Mark als eine Maßnahme, mit deren Hilfe die Inflation fürbereden Kapitalisten — infolge der Mangelhaftigkeit der Maßnahme — ungeheure Spekulationsgewinne einheimen konnten.

Der Beirat fordert deshalb staatlichen Schutz des Arbeitslohnes vor weiterer Entwertung infolge fortschreitender Inflation. Er ersucht den Verbandsvorstand, gemeinsam mit dem ADGB

In Erwartung des Kommenden.

Das Memorandum der deutschen Regierung ist immer noch unbeantwortet. Die deutsche Regierung ist in der politisch durchaus nicht beneidenswerten Lage, abwarten zu müssen, welches Ergebnis die langwierigen Verhandlungen zwischen den Westmächten zeitigen werden. Die „Einigkeit“ der Westmächte ist heute nicht einmal mehr eine schöne Fiktion; es gibt niemand mehr, der daran glaubt! In dem Frankreich vor allem durch die Ruhrbesetzung weit vorausschauende Anstalten traf, seine wirtschaftliche und politische Machtposition auszubauen, wurden die Bestrebungen Englands, die längst schon vorhanden sind, bis zu einem Grade gesteigert, der die Verheimlichung dieser Bestrebungen nicht länger mehr erlaubte. England trat aus seiner Reserve, aus seiner „wohlwollenden Impotenz“ heraus und begann, der französischen Politik erhebliche Schwierigkeiten zu machen. Diese Schwierigkeiten, die nunmehr Frankreich von London her erfährt, nehmen die verschiedenartigsten Formen an. Da ist einmal die sehr eindeutige und unmissverständliche Wink, daß England es für notwendig halte, seine Luftflotte zu vergrößern. England proklamierte den Grundgedanken, daß seine Luftflotte so stark sein müsse wie die Luftflotte der Macht, die bisher über die größte Anzahl von Luftfahrzeugen verfügte. Indem sich sogar der englische Premierminister zu diesem Grundgedanken bekannte, gab er verhillt zu, daß man in England allmählich bereits daran denkt — natürlich für eine noch ferne Zukunft —, schließlich noch einmal sich mit Frankreich kriegerisch einanderzusetzen zu müssen. Englischen Einflüssen ist es zuzuschreiben, daß Belgien und Italien gegenüber der französischen Politik sehr starke Vorbehalte zur Geltung bringen. Italien mit seinen lang hingestreckten Küsten, dessen wichtigste Eisenbahnlagen unter das Feuer englischer Kanonen genommen werden können, ist nicht imstande, auf die Dauer eine Politik zu treiben, die gegen England gerichtet ist. Wir erfahren es, als Italien noch Dreißundgenosse war. Belgien aber fühlt sich allmählich ganz begriffen; erweise immer unbehaglicher in der Rolle des französischen Vasallen; um seine Selbständigkeit sicherzustellen, neigt es mit der Zeit dazu, bei England Rückhalt zu suchen. Aber auch am Balkan stößt Frankreich auf englische Gegenmienen. Die kleine Entente sollte dem Zweck dienen, die Ostgrenze Deutschlands ständig unter Druck zu halten, damit Frankreich keinen ernstlichen Widerstand Deutschlands je noch zu befürchten brauche. Je mächtiger Deutschland ist, desto unbedenklicher kann Frankreich anti-englische Politik machen. Gerade aber in den letzten Wochen trat es zutage, daß die kleine Entente ebenso undicht gefügt ist, wie die große Entente. Nach dem bulgarischen Staatsstreich kam sie nicht zu einem einheitlichen Vorgehen gegen Bulgarien; die Pläne Jugoslawiens lassen sich ganz offensichtlich nicht mit denen Rumäniens unter einen Hut bringen. Und wenn Frankreich gehofft hatte, eine Annäherung zwischen der Tschechoslowakei und Polen durchzuführen, so sieht es sich enttäuscht. Diese beiden Staaten sagten sich in der letzten Zeit noch mehr Unfreundlichkeiten als Freundlichkeiten.

Freilich greifen diese englisch-französischen Gegensätze auch innerpolitisch tief und unmittelbar in das staatliche Leben Deutschlands ein. Frankreich will die Auflösung des Reichs; damit wäre es großer Sorgen entbunden. In den Separatisten des Rheinlands und vor allem in Bayern findet es, wie nicht erst der Fruchts-Machhausprozeß darat, seine Hilfruppen. Das Bayern, das die Finanz- und Verkehrshoheit wieder will und dem die hellblaue Eisenbahneruniform eine Aktion im Landtag wert ist, das Bayern, das die republikanische Arbeiterschaft peiniget und nationalsozialistische Verbrecher beschützt, ist der treueste Bundesgenosse Frankreichs. Schön gedrechselte anderslautende Reden bayerischer Ministerpräsidenten können das nicht verschleiern; wir wissen seit Herr von Kahr, daß in München Reichsgerüstungspläne am eifrigsten dann betrieben werden, wenn Regierungsmitglieder sich in nationalsozialistischen Phrasen förmlich überstärken. Solange Bayern die republikanische Fahne schmäht, haben alle Republikaner Anlaß, diesem gefährlichen Aktivposten Frankreichs auf die Finger zu sehen. Andererseits allerdings ist die Frage aufzuwerfen, ob England nicht hinter den nationalsozialistischen Geheimorganisationen steht. Ist eine Art heimliches Heer vorhanden, dann kann Frankreich nicht völlig unbefürchtet schlafen. Die englische Politik ist skrupellos genug, um ihr zutrauen zu können, daß sie Korbhaken den Rücken stärkt, damit dieser durch seine Gefolgschaft vor französische Augen Schredgepenster einer zukünftigen Revanche gaubert.

So stehen wir also zwischen Frankreich und England, mehr Objekt als Subjekt der Politik. Wir haben nur nach einer Richtung hin Bewegungsspielraum: das für zu sorgen, daß wir nicht das englische Spiel fören, indem wir in dem Ruhrstreit katastrophal zusammenbrechen. Erlebten wir jetzt eine staatliche Katastrophe, so wäre das ein Triumph Poincarés. Darum müssen wir alles unterlassen, was einen baldmöglichsten Abschluß des Ruhrkonflikts auf dem Verhandlungswege vorwärtsbringt, bevor wir der Katastrophe, die uns droht, verfallen sind.

Was wird aus dem Fortwurseln?

In Nr. 25 des „Textil-Arb.“ vom 22. Juni erschien ein Artikel mit der Ueberschrift „Es wird fortgewurselt“. Am Schluß des Artikels heißt es: „Es liegt an der Arbeiterschaft, vorzugeben, daß sie nicht zum gebulldigen Schaf wird; besser als mit der Haut der Arbeiterschaft bezahlt man die Reparationen mit dem Fett der bestehenden Kreise.“ Der Wunsch ist gut, doch dürften dabei auch noch andere, außer der Arbeiterschaft, ein Wort mitreden. Diese anderen, die heute ihre Vertreter in der Regierung zu sitzen haben, verstanden es bisher, das Reich in ihrem Sinne zu leiten, und zwar, wie es das Interesse des Kapitals fordert. Den Herren Cuno und Becker geht es trotz allem scheinbar Fortwurseln gut. Sie werden natürlich dem deutschen Volke und vor allen den Arbeitern eine bittere Suppe einbroden, die schwer auszuöffeln sein wird. Wie zielbewußt man vorgeht, zeigt das letzte Memorandum an die Entente.

Wie sehen die Garantien der Regierung Cuno aus? Als Garantie ist vorgesehen die Verpfändung des Grundbesitzes in Höhe von

10 Milliarden Goldmark. Das würde bedeuten, daß jährlich 500 Millionen Goldmark durch Landwirtschaft, Industrie und Handel aufgebracht werden müssen. Es ist aber nicht klar, ob sie tatsächlich von den genannten Kreisen erhoben werden sollen. Wollte man nur den Grundbesitz besteuern, so ist zu bedenken, daß es auch eine ganze Anzahl ertragreicher Unternehmungen gibt, die über herzlich wenig Grundbesitz verfügen. Was wird der Erfolg sein? Die Landwirtschaft, die Großgrazier werden bei allen Gelegenheiten schreien, und man wird irgendeine Steuer einführen, die dann getragen wird von dem, der bisher fast alle Steuern getragen hat, dem Arbeiter.

Eine weitere Garantie ist die Verpfändung der Erträge der Verbrauchssteuern auf Bier, Wein, Zucker, Tabak und der Erträge des Branntweinmonopols. 200 Millionen Goldmark sollen jährlich einkommen. Nach den bisherigen Berechnungen müßten die Steuern wesentlich erhöht werden, um den Betrag nur annähernd zu erhalten. Hier liegt ein Teil des zielbewußten Strebens der Regierung Cuno, die durch diese Garantie die erhöhten Verbrauchs-, also indirekten Steuern mindestens bis zum Ablauf der Reparationsverpflichtung festlegen will. Nicht eine unbestimmte Ertragshöhe, sondern eine feste Summe (200 Millionen Goldmark jährlich) soll festgelegt werden. Die Forderung der Sozialdemokratie, die Verpflichtungen aus dem Profit des Kapitals zu schöpfen, ist damit auf unabsehbare Zeit versenkt.

Ähnlich liegt es mit der Pfandbelastung der Reichseisenbahn mit 500 Millionen Goldmark jährlich. Wie sich diese die Reichsregierung denkt, ist heute schwer zu sagen. Im dem Ausweis der Reichsfinanzen vom 11. bis 20. Mai 1923 erscheint allein bei der Reichsbahn ein Fehlbetrag von 325 130 Millionen Papiermark. Wenn dieser auch größtenteils auf Ausgaben für das Ruhrgebiet zurückzuführen ist, so kann doch mit Recht bezweifelt werden, daß auch sonst ein Mehr erzielt worden wäre. Der einzige Ausweg wird eine gewaltige Erhöhung der Tarife für Personen- und Güterverkehr sein, die letzteres wieder die Arbeiterklasse tragen muß.

Am 17. Juni 1923 erklärte der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Haas in einer Verlesung in Bad Homburg nach der „Frankfurter Zeitung“: „Gegen die Forderungen der Gewerkschaften nach der Niederwerfung des Kapp-Putschs noch im Interesse der Erhaltung des Staates, so stellen die Forderungen des Reichsverbandes der Industrie, mit welchen er seine Bereitwilligkeit zu Reparationsopfern begleitet, einen unerhörten Eingriff in den staatspolitischen Betrieb dar. Es gilt für alle Berufsgruppen, daß der Staat stärker sein muß als sie. Die Reichsregierung hat nicht unterläßt, zu bitten, sondern sie hat zu befehlen, und die Industrie und alle anderen Berufsgruppen haben zu gehorcht.“

Man könnte nur wünschen, es wäre so. Man könnte auch wünschen, daß Herr Dr. Haas mit seinen Parteifreunden die Reichsregierung mit Wort und Tat dabei unterstützte. An einer anderen Stelle sagte er: „Es sollte niemand von Mitleid mit den verarmten Volksschichten reden, der nicht eine starke Steuerpolitik akzeptiert!“

Die bisherigen Taten der Regierung Cuno-Beder zeigen nichts von solchem Tun. Hoffentlich lernen die Arbeiter von der Gegenwart. Denn reiner kann der Klassencharakter der Regierung zugunsten des Kapitals kaum hervortreten, als es jetzt täglich in Erscheinung tritt.

Rich. Müller, Ing.

Wertbeständige Löhne.

Der eingetretene Marktschwund hat in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger eine große Beunruhigung hervorgerufen. Diese Beunruhigung ist nicht nur nicht verwunderlich, sondern auch durchaus berechtigt. Sieht doch jeder, wie täglich, nein stündlich die Preise in die Höhe klettern. Andererseits lehrt aber die Erfahrung, daß die Löhne in der Anpassung an die Preise sehr weit hinterherhinken und bei jeder weiteren Geldentwertung ein Sinken des Reallohnes festzustellen ist. Je schneller die Geldentwertung nun voran geht, desto schneller aber auch eine weitere Senkung des Reallohnes damit herbeigeführt wird. Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Hervorgehoben muß noch werden, daß dieser Zustand sich um so mehr fühlbar macht, als bei den Löhnen von einem Vorhandensein einer Spanne — genannt Entbehrungsfaktor — nicht mehr die Rede sein kann. Die mangelhafte Ernährung schlägt allen davon Betroffenen auf die Dauer tiefe Wunden. Tötet Lust und Schaffensfreudigkeit und führt deshalb Schäden für unsere Volkswirtschaft herbei. Allein dieser letzte Umstand sollte allen Kreisen Veranlassung geben, ernsthaft zu überlegen, inwieweit und auf welche Weise den bedrängten Volksteilen Hilfe gebracht werden kann.

Ungeachtet dieser Notlage ist es keineswegs überraschend, daß der Ruf nach Dollarlöhnen in der Arbeiterschaft immer lauter erklingt. Auch in der Presse ist diese Frage in den letzten Tagen vielfach zur Erörterung gebracht worden, je nach der politischen Einstellung von dem einen mehr oder weniger abgelehnt worden. Treffend wird dieses durch die beiden nachstehenden Auslassungen dargelegt. Herr Geister von der Deutschen Volkspartei schreibt darüber in der „Deutschen Zeitung“:

„Die kommunistische Umsturzpropaganda arbeitet geschickt mit an sich richtigen, der früheren Propaganda der Deutschen Volkspartei entnommenen Argumenten gegen die Erfüllungspolitik der bürgerlichen Regierung und zeigt den Massen, daß sie die Verelendeten sein werden, wenn Deutschland Erfüllungspolitik treibe, und nament-

lich, wenn es in der Ruhrfrage kapituliert. Und nunmehr werden die irrenden Massen auch noch mit der Forderung der Goldlöhne als wertbeständige Löhne aufgepeitscht, um sie für die Ziele der „Arbeiterregierung“, d. h. Sowjetregierung, zu gewinnen, und die Sachwertverfassung soll die Grundlage für die Möglichkeit des wertbeständigen Lohnes schaffen.“

Herr Thalheimer von den Kommunisten schreibt in der „Roten Fahne“ über dasselbe Thema wie folgt: „Um es gleich zu sagen: wir Kommunisten haben dies wunderbare Rezept, um ohne Kampf aus dem furchtbaren Hungerelend herauszukommen, nicht. Aber die kampfscheuen, bürgerlichen, koalitions-lüsternen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen sind mit heißem Bemühen auf der Suche danach, ja, sie haben es bereits gefunden! Das Rezept heißt Goldlöhne, wertbeständige Löhne, Indexlöhne und dergleichen, und nun wird mit dem Eifer, der eines mittelalterlichen Schwarzkäufers würdig ist, spintiert, wie das Rezept zu mischen sei.“

Während der Kommunist also behauptet, die Forderung nach Goldlöhnen sei die Ausbeute einer kampfscheuen, bürgerlichen und koalitions-lüsternen Politik, sieht der Deutschvölkische in dieser Forderung den ersten Schritt zum Bürgerkrieg und Bolschewismus. Wer hat nun Recht?

Meiner Auffassung nach kann es keine größeren Fehler geben, als wenn man diese Frage durch die Parteilinse zur Lösung bringen wollte. Es soll hier untersucht werden, inwieweit die Forderung berechtigt ist. Wie liegt nun die Sache. Gewiß liegen die Dinge nicht so einfach, daß man im Handumdrehen die Sache abtun könnte. Auch soll festgestellt werden, daß Goldlöhne auch nicht als das alleinige Allheilmittel für eine dauernde Besserstellung der Arbeiterklasse angesehen werden können. Die Lösung des Lohnproblems ist kein einfaches Rechenexempel, sondern eine Frage der zukünftigen Wirtschaftsgeschichte. Je nachdem die Arbeiterschaft es versteht, sich im wirtschaftlichen und politischen Kampfe den Anteil am Ertrag der Arbeit zu sichern, wird sich die Höhe dieses Ertragsanteils ausdrücken, gleichviel, ob Gold- oder Papiermarklöhne gezahlt werden.

Gegenwärtig muß aber hervorgehoben werden, daß ein Zustand eingetreten ist, der unter allen Umständen von der Arbeiterschaft nicht mehr ertragen werden kann.

Industrie und Handel haben sich mehr und mehr den Weltmarktpreisen angepaßt. Käufe und Verkäufe erfolgen durchweg nur noch nach hochwertigem Auslandskurs. Alle Kreise stellen ihre Berechnung ein auf Wiederbeschaffungspreis, insonderheit nach der Zeit, als das berühmte Reichsgerichtsurteil in dieser Frage ergangen war und vielfach zur Stütze — jedoch mit Unrecht — in dem Sinne herangezogen wird. Es steht aber auch weiter fest, daß Nachten und dergleichen zur Anrechnung gelangen nach den jeweiligen Preisen für Roggen, Weizen oder anderen wichtigen landwirtschaftlichen Produkten. Auch sei hingewiesen auf die kürzlich ergangene Entscheidung des Oberlandesgerichts Darmstadt in bezug auf Hypothekensicherung.

Mir ist es bis heute noch unverständlich, wie sich der Staat aus dieser Sachlage befreien wird, die sich aus den Schlussfolgerungen solcher Entscheidungen ergibt. Auch die neuerlichen Schritte in der Befehlsgebung verdienen mit hervorgehoben zu werden. Wie steht es demgegenüber mit den Lohn- und Gehaltsempfängern? Diesem Volksteil glaubt man die Rechte vorenthalten zu müssen, die man billigerweise für sich glaubt in Anspruch nehmen zu dürfen. Und doch ist das Verlangen der Arbeiterschaft genau so berechtigt: den Verkauf ihrer Ware — die Ware Arbeitskraft — zum Wiederbeschaffungspreis an den Mann zu bringen. Denn die Arbeitskraft ist das einzige Gut, welches der Arbeiter zur Erhaltung seines Daseins zum Verkauf bringen kann. Um diese Arbeitskraft erhalten zu können, ist eine hinreichende Zuführung an Nahrungsmitteln sowie eine sonstige ausreichende Lebensführung notwendig, die er zum jeweiligen Einkaufspreis nur erheben kann, somit auch sein Verdienst zum Wiederbeschaffungspreis ausreichen muß. Deshalb ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern meines Erachtens eine sittliche Pflicht, beim Arbeiter den gleichen Maßstab obwalten zu lassen, wie ihn andere Kreise für sich in Anspruch nehmen.

Darum muß mit größtem Nachdruck darauf hingearbeitet werden, daß eine weitere Senkung des Reallohnes nicht nur zurückgehalten wird, sondern ein voller Ausgleich an die Preise herbeigeführt wird. Die Erfahrungen in der Lohnpolitik sind aber bisher nicht danach, und so kann es nichts anderes geben als die Parole: Schaffung wertbeständiger Löhne.

Ich bin mir durchaus der Verantwortung bewußt. Eine Forderung in obigem Sinne hätte nicht erhoben werden können und würde nicht erhoben werden, wenn nicht dem Arbeiter bislang so übel mitgespielt worden wäre. Darum möge jeder, den es angeht, prüfen, ob die Verantwortung dem wirtschaftlichen Schwachen — dem Lohn- und Gehaltsempfänger — gegenüber getragen worden ist. G. Kr., Bocholt.

Die Entlohnung in sozialisierten Betrieben.

Wir sagten in dem Artikel „Was ist Sozialisierung?“ in Nr. 253, die Arbeiter seien oft der Ansicht, alles, was ihnen der Unternehmer zahlt an Lohn vorenthalte und für sich oder sonst nach seinem Belieben vermenge, könne er, der Arbeiter, in einem sozialisierten Be-

triebe; wir sind Lohnarbeiter und soweit sind unsere Interessen identisch mit denen des gesamten Arbeiterstandes. Ich bedauere zwar selbst dies konstatieren zu müssen, aber sich diesen Verhältnissen verschließen zu sollen, seine Klassenlage nicht zu erkennen, wäre Torheit und ließe keine Mittel und Wege zur Hebung unserer wahrlich nicht mehr beneidenswerten Lage offen.“ Die Antwort auf die Frage, was da zu tun sei, gab Franz ganz anders, als sie üblicherweise von den verzweifenden Kleinmeister erteilt wurde. Franz wollte nicht, daß man wieder ins Mittelalter zurücktreten solle. Er forderte vielmehr: „Mit einem Wort, erschrecken Sie nicht, meine Herren, es gilt vor allen Dingen, die Macht des Kapitals zu brechen und der Arbeit ihren Ertrag zu sichern.“ Darüber hinaus verlangte er noch eine moderne Umgestaltung der Innungen in der Weise, daß alle Freigewerbetreibenden samt allen Lohnarbeitern in die Innungen hereingezogen werden sollten.

Es trat freilich zutage, daß viele der Kleinmeister nicht aus ihrer Haut zu fahren vermochten. Der eine fand, daß sich die Weberinnung nicht vom Zentralkomitee ins Schlepptau nehmen lassen dürfe. Ein anderer rief aus: „Es wäre eine Schande für die Weberinnung, wenn sie sich dem Zentralkomitee unterordnen würde!“ Am rückständigsten war ein Berliner Vertreter. Er entwickelte: Die Berliner Weber suchen ihre Selbstständigkeit zu wahren und machen ihren Lohn selbst. Sie hätten oft mit den Gehilfen zu kämpfen, könnten also mit diesen doch nicht solidarisch sein. Normalarbeitstag, Frauenarbeit, Kinderarbeit in den Fabriken käme für sie nicht in Betracht.

Schließlich bekannte sich die Innung trotz allem doch noch zu den Beschlüssen des Gstauchauer Webertages; allerdings lehnte sie es dabei ab, „auf internationale Grundlage“ zu treten. Zu einem Kleinmeister gehört es, daß er von Grauen gepackt wird, wenn er von internationalen Zusammenhängen hört.

Noch diesem Innungstag lud das Zentralkomitee zum „Zweiten deutschen Weber- und Manufakturarbeitertag“ für Pfingsten nach Berlin ein. Der Aufruf wandte sich wieder an alle Gruppen und Vereinigungen; drängend sagte er: „Weber, Tuchmacher, Seidenwirker, Strumpffrieger, Posamentiere usw. erwacht aus eurem Schlummer, ermannet euch!“ Unter den Tagesordnungspunkten waren aufgenommen:

1. Sind die Ursachen, welche den ersten deutschen Webertag hervorriefen, in Wegfall gekommen resp. andere geworden?
 2. Wie haben sich die deutschen Manufakturarbeiter zu den Beschlüssen des Webertages verhalten?
- Die Einladung zu diesem zweiten Webertag hatte Erfolg; zahlreiche Orte entsandten ihre Vertreter.

triebe in Form von Lohn mehr erhalten als jetzt. Das könnte aber nicht in dem gedachten Maße eintreten, denn — wenn jeder Arbeiter alles das, was er erarbeitet, selbst für sich in Beschlag nehmen wollte, so bliebe nichts für die Kranken und Schwachen, die Wöchnerinnen und Säuglinge, die Kinder und Greise, es bliebe auch nichts übrig für sozialwissenschaftliche, künstlerische, kulturelle Zwecke. Und es bliebe dann auch nichts übrig für die technische Vervollkommnung des Betriebes, auch nichts für seine umfangreiche Erweiterung übrig. Daraus ergibt sich, daß jeder schaffende Mensch mehr erarbeiten muß, als er selbst braucht, und daß er den Ueberfluß, der heute dem Kapital in den Schoß fällt, der Allgemeinheit zur Verfügung stellen muß, also nicht in seine Tasche stecken darf.

Doch selbst wenn das zulässig wäre, so wäre es technisch kaum durchzuführen, ganz abgesehen davon, daß es rechtlich nicht zu begründen wäre. Denn in einer Wirtschaftsweise, die auf planmäßiges Zusammenarbeiten, auf der sogenannten Korporation, beruht, kann beim besten Willen nicht festgestellt werden, wieviel von dem Ertrage der Gesamtarbeit auf den einzelnen entfällt.

Rechtlich betrachtet, ist übrigens das Ergebnis der Einzelarbeit, selbst wenn es festzustellen wäre, nicht das Verdienst des einzelnen, sondern, wie die „Holzarbeiterzeitung“ ganz richtig sagt, das Ergebnis einer Kollektivarbeit, deren Ertrag sich nicht allein nach dem Fleiß und der Tüchtigkeit des einzelnen richtet, sondern viel mehr noch nach der Höhe der Technik und der Arbeitsmethode. Sollte also der Ertrag seiner Arbeit jedem Arbeiter zufallen, so würden diejenigen, die unter ungnügnigen Verhältnissen arbeiten, in hohem Maße benachteiligt gegenüber jenen, die in hochentwickelten Betrieben arbeiten. Gerade so verhält es sich mit dem Ertrage der Gruppenarbeit. Auch hier bestehen in der Praxis bedeutende Unterschiede, weshalb die Gesamtarbeiterschaft eines Betriebes niemals das Recht haben kann, die Leberlöhne des Betriebes in die eigene Tasche zu stecken. Würde dieser Grundsatz gelten, so müßten zum Beispiel die Arbeiter eines landwirtschaftlichen Betriebes, der auf schlechtem Boden liegt, Hunger leiden und sich Entbehrungen auferlegen, während die auf fruchtbarem Boden Arbeitenden in ständiger Wohlstand leben zu führen. Es leuchtet also ein, daß wir den früher (und auch heute noch) vielgehörten Satz schleunigst über Bord werfen müssen. Die moderne Arbeit ist eben Kollektivarbeit, deren Erträge der Allgemeinheit gehören, doch hat jeder Arbeitende von der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein zu fordern. Dieses menschenwürdige Dasein umfaßt über den Anspruch auf die materielle Existenz hinaus auch noch den Anspruch auf Ehre, Achtung und Menschenwürde, auf Wissen, Bildung und Kultur, auf Recht und Freiheit und Persönlichkeit.

In der Praxis machen sich nun Schwierigkeiten bemerkbar, die Entlohnung festzusetzen, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Anders ausgedrückt: „Wie hoch muß der Lohn sein, der in einem sozialisierten Betriebe gezahlt wird?“ Einige Leute finden die Antwort sehr leicht, indem sie sagen, es müsse ein Einheitslohn eingeführt werden, jeder im Betriebe Beschäftigte müsse den gleichen Lohn bekommen. Diese Auffassung, daß alle Menschen in bezug auf ihre Entlohnung über einen Kamm geschoren werden müßten, hat sehr viele Anhänger, weil sie dem Gleichheitsgedanken schmeichelt und der Gleichheitschwärmerei Vorschub leistet. Gerade im Sozialismus und Kommunismus steht ein starker Zug zur unterschiedslosen Einheitsheit und zur Uniformierung der Menschen und Dinge, er ist das entgegengesetzte Extrem des Individualismus, der zwischen den einzelnen Unterschiede und Stufen aufrichtet. Dieser Zug bildet eine Gefahr, weil er die Persönlichkeit, dieses höchste Glück der Erdenkinder, wie Goethe sagt, erstört und einen Menschenmischmasch idiosyncratischer Sorte schafft. Hierin ist der Grund zu finden, weshalb sich gerade die selbständigen Naturen vom Sozialismus abgestoßen fühlen, wenn er ihnen als Gleichheitsforderung entgegentritt.

Und in Rußland, wo man versuchte, dieses Gleichheitsprinzip durchzuführen, als man den produzierenden Kapitalismus abgeworfen hatte und kommunistisch produzierte, haben die bürgerlichen technischen Leiter wohl nicht zum wenigsten aus Abneigung vor Logikgleichheit Sabotage geübt, so daß man sie aus den Betrieben vertreiben mußte. Als man dann aber sah, daß es ohne sie nicht geht, holte man sie wieder und bot ihnen dann recht hohe Bezahlung, die sie nun wohl immer noch erhalten in den Staatsbetrieben, die noch nicht wieder kapitalistisch betrieben werden. (Auch das vertrieben gewesene Kapital hat man ja bekanntlich wieder zugelassen.) Wenn nun aber in den Staatsbetrieben die Produktion gegen früher erheblich zurückgegangen ist, so kann das daran liegen, daß die hochbezahlten Betriebsleiter — technischer und kaufmännischer Art — entweder immer noch nicht wieder ihre Pflicht in vollem Maße erfüllen, es kann auch andere Ursachen haben, z. B. unter anderem die, daß die Arbeiter noch nicht genug „sozialisiert“ sind, d. h. in Verfeinerung ihrer Aufgaben ihre Pflicht immer noch nicht in vollem Maße erfüllen. Gerade die Erfahrungen in Rußland zeigen durch die Praxis, wie recht die Theorie hat, welche lehrt, daß in Wirklichkeit auch in der sozialistischen Wirtschaft Unterschiede und Stufen und Abstände vorhanden sein werden auch in bezug auf die Entlohnung. Treffend heißt es in der „Holzarbeiterzeitung“: „Der ideale Einheitslohn, falls er durchgeführt würde, wäre einerseits ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit und andererseits eine Gefahr für die Leistungsfähigkeit eines Betriebes. Zunächst wäre es ein himmelschreiendes Unrecht, wenn für ungleiche Leistungen gleiche Löhne gezahlt werden sollten. Ein jeder Arbeiter, der pflichtgemäß im Betriebe seine Tätigkeit verrichtet und infolgedessen gute Leistungen aufzuweisen hat, würde sich mit Recht innerlich empören, wenn er sehen muß, wie ein Arbeitskollege, der bummelig und nachlässig ist und sich vor der Arbeit wunderbar zu drücken versteht, denselben Lohn bekommt wie er selbst. Ein Betrieb auf einer solchen Grundlage, der auf ein solches Lohnsystem aufgebaut wäre, könnte keine sechs Wochen lang bestehen. Nicht minder auch würde die gleiche Entlohnung ohne Rücksichtnahme auf Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Verantwortungsgefühl, kurz auf die Tätigkeit des einzelnen, den Trieb zu höheren Leistungen ersticken. Der Einheitslohn, der geradezu eine Prämie setzt auf Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit und Faulheit, würde das Grab der Persönlichkeit bedeuten und jegliche Entwicklung unmöglich machen.“

Gerade in der sozialistischen Wirtschaft soll doch, so haben wir stets behauptet, jeder arbeitende Mensch die Möglichkeit haben, seine Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte auszubilden, damit er tüchtiger werden und leisten könne. Dann muß sie aber den Tüchtigen besser entlohnen als den Untüchtigen. Und Leistung und Verantwortung werden besonders hoch bewertet und entlohnt werden müssen, denn von ihnen hängt besonders viel ab.

Bei einem solchen System der Entlohnung werden die Riesengehälter auf der einen Seite und die Hungerlöhne auf der andern Seite verschwinden, aber es wird eine Abflutung bestehen bleiben, je nachdem, was der einzelne der Gesellschaft für Dienste leistet. Dieses System, das auf Menschen zugeschnitten ist, während der Einheitslohn eine Gesellschaft von Engeln voraussetzt, wird dem Rechtsgefühl Genüge tun und zugleich einen Antriebsimpuls für das Weiterstreben, ohne welches auch die sozialistische Wirtschaftsweise der Menschheit den von ihr erhofften Nutzen nicht bringen könnte.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsräte für das Jahr 1921.

1. Durchführung des Achtstundentages. Den Gewerbeinspektionsberichten über die Durchführung der die Arbeitszeit regelnden Verordnungen vom 23. November und 17. Dezember 1918 ist zu entnehmen, daß sich der Achtstundentag mehr und mehr durchsetzt und daß er in den größeren Betrieben im wesentlichen als durchgeführt angesehen werden kann. Während in den Großbetrieben im allgemeinen schon die von ihren Gewerkschaften aufgestellten Arbeiter und besonders deren Be-

Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Nietisch.

XVIII.

6. Das Zentralkomitee der deutschen Manufakturarbeiter (Schluß).

Das Zentralkomitee drängte um so entschiedener auf zuverlässige Berichterstattung, als Pfingsten 1872 vor der Tür stand. Auf Grund eines Beschlusses des ersten Webertages sollte abermals ein Webertag einberufen werden. Es waren mannigfaltige Vorbereitungen zu treffen und das Komitee wollte verständlicherweise klar sehen. Berlin hatte bereits zugestimmt, den Webertag ins Werk zu setzen. Fraglich war aber noch, welche Orte sich mit Delegationen zu beteiligen willens waren. Noch bevor das Komitee den Webertag ausgeschrieben, fand in Chemnitz eine Weberinnungsfestung statt. Da trafen sich am 1. März 1872 die sächsischen Webermeister, denen durch das Wachstum der Fabriktetriebe allmählich der Boden unter den Füßen weggezogen worden war. Der erste Tagesordnungspunkt zeigte schon, von welchen Sorgen diese Kleinmeister bedrückt wurden. Er lautete: „Wie ist es gekommen, daß uns die Produktion und jedesweches Recht nach und nach aus der Hand gewunden worden ist?“ Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees, Franz, referierte. Er schilderte die enghorizontigen Urteile, auf die man häufig in den Reihen der Kleinmeister stoßen konnte. Die Meister waren geneigt, alle Schuld der „Gewerbefreiheit“ beizumessen; sie wollten wieder die Wiederkehr der „guten alten Zeit“, in der der Zugang zum Gewerbe eingeschränkt war und die Innungsrechte geachtet wurden. Dagegen erklärte nun Franz seinen Berufskollegen: „Der Untergang des Kleinmeister- und Kleinbürgerums war schon bedingt in den staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich Ende vorigen Jahrhunderts entwickelt hatten; der Keim dieses Unterganges ist nur in dem Wucher, welcher mit dem Kapital getrieben wird, zu suchen, nur darin, daß es möglich wurde, daß sich das Kapital des Arbeitsertrags bemächtigte.“

Mit einer bewunderungswürdigen Tapferkeit sah Franz den Tatsachen ins Gesicht und von Laßalle habe er ganz offenbar gelernt, das auszusprechen, was ist. Franz kam im Verlaufe seiner Darlegungen zu dem Ergebnis: „Nadern wir nur noch für Lohn arbeiten, heißen wir Meister, Fabrikarbeiter oder Freigewerbs-

Betriebsräte darauf hinwirken, daß die achtfundige Arbeitszeit nicht unerlaubter Weise überschritten wird, stehen der Durchführung der achtfundigen Arbeitszeit in kleineren und besonders in handwerkstypischen Betrieben noch immer erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Handwerksmeister betrachten den Achtfundtag nach wie vor äußerst feindselig.

Der Gewerbeamt für den Aufsichtsbezirk Schwaben und Neuburg äußert sich über die Durchführung der Arbeitszeitverordnungen wie folgt:

„Die Ueberwachung und der Vollzug der Bestimmungen über den Achtfundtag zählt ohne Frage zu denjenigen Aufgaben der Gewerbeaufsicht, die ohne tatkräftige Unterstützung aller dazu berufenen staatlichen und gemeindlichen Behörden und ohne Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und auch der einzelnen Arbeiter bzw. ihrer Betriebsräte gar nicht gelöst werden kann. Die Erfahrung zeigt aber, daß diese Mithilfe recht oft versagt. Namentlich mehren sich die Fälle, daß die Arbeiterschaft selbst bei der Einführung einer längeren Arbeitszeit keinen besonderen Widerstand entgegensetzt...“

Während in einer Anzahl von Großbetrieben und auch in Einzelbetrieben die mögliche Arbeitszeit tariflich auf 46 Stunden festgelegt ist, wird in einzelnen Gewerbeaufsichtsbezirken, so besonders im Bezirk Oberpfalz und Regensburg, wohl die 48-Stunden-Woche, aber nicht der Achtfundtag eingehalten. Mit Ausnahme der in zwei und drei Schichten arbeitenden Betriebe wird vielfach, um den Sonnabend vollständig oder dessen Nachmittag frei zu bekommen, ein Teil der zulässigen 48-Stunden-Woche auf die übrigen fünf Wochentage verteilt, was naturgemäß eine Durchlöcherung des Achtfundtages bedeutet.

2. Wirkungen des Achtfundtages auf die Produktion.

Die Arbeitgeber, die nun einmal dem Achtfundtag den schärfsten Kampf angelegt haben, weisen im allgemeinen fast durchweg die Möglichkeit ab, daß in acht Stunden dieselbe Arbeitsleistung wie in zehn Stunden erreicht werden könne. Was aber durch verbesserte Arbeitsmethoden und technische Einrichtungen erzielt werden kann, zeigt die Tatsache, daß es einer Geschwindigkeitsmesserfabrik im Regierungsbezirk Düsseldorf trotz Verminderung der Arbeiterzahl von 200 auf 80 gelungen ist, mit teilweiser Anwendung des Taylorsystems und Vervollkommnung der Arbeitsmaschinen die Arbeitsleistung auf das Dreifache zu steigern. Aus dem Aufsichtsbezirk der Kreishauptmannschaft Bauen liegen folgende Äußerungen über die Wirkungen des Achtfundtages auf die Produktion vor:

„Eine größere Seidenweberei hat mit dem Achtfundtag keine ungünstigen Erfahrungen gemacht. Die Arbeitsleistungen in diesem Betriebe sind zufriedenstellende, und die Arbeitslust hat sich in erfreulicher Maße gehoben. Eine mechanische Segetuchweberei berichtet, daß die Leistung der Arbeiterschaft während der Arbeitszeit als eine intensive bezeichnet werden konnte, so daß die ungünstige Beurteilung des Achtfundtages hinwieweilig geworden ist. — Eine Geschäftsbüchsenfabrik hat mit der Kürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden im Interesse der Arbeiter ebenfalls zufriedenstellende Erfahrungen gemacht. Sie hat beobachtet, daß die durchschnittliche stündliche Leistung der Arbeiter und Angestellten infolge der verkürzten Arbeitszeit intensiver ist als früher. — In einem größeren Unternehmen der Papierindustrie mit verschiedenen Papierfabriken und Holzschleifereien hat sich die Arbeitsfreudigkeit der Belegschaft auch während des Berichtsjahres wieder gehoben; die Leistungen der Akkordarbeiter sind höher als in den Vorjahren. — Eine größere Möbelfabrik hat festgestellt, daß der Achtfundtag die Leistung der im Akkord beschäftigten Arbeiter gefördert hat, so daß ein Grundlohnunterschied zwischen der jetzigen achtfundigen und der früheren neunfundigen Arbeitszeit kaum besteht. — In dem einzigen Kupferwerk im Bezirk der Kreishauptmannschaft Bauen hat sich die nach Einführung des Achtfundtages trotz Neueinstellung von Arbeitern auffallend zurückgegangene Leistung im Laufe des Berichtsjahres langsam, aber stetig gehoben. Durch Einführung der Akkordarbeit hat sich die Leistung in einzelnen Abteilungen bis um rund 200 Proz. gesteigert, d. h. es wurde im Akkord dreimal soviel fertig wie vorher. Die durchschnittliche stündliche Leistung des einzelnen Arbeiters kommt jetzt ungefähr der Friedensleistung gleich. — Die Leistung einer Glashütte hält den Achtfundtag für den Dienstarbeiter für angemessen, denn ein Arbeiter, der acht Stunden im Akkord am heißen Ofen tätig gewesen ist, hat keine Pflicht getan. Die Leistungsfähigkeit ist bei den Glasmachern und ihren Hilfsarbeitern in dieser Hütte annähernd dieselbe wie früher in neun Stunden. — Eine größere Metallgießerei und Armaturenfabrik erkennt ebenfalls an, daß ein Schmelzer, der acht Stunden am Schmelzofen tätig war, seine Pflicht erfüllt habe, verwirft jedoch die Schematisierung des Achtfundtages.“

Dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes Thüringen entnehmen wir folgendes: „Der größte Teil der Unternehmer sprach sich nach wie vor ungünstig über den Achtfundtag und dessen Wirkungen aus, insbesondere sei die Produktion um 10 bis 20 Proz. zurückgegangen. Es gab aber auch Arbeitgeber, welche dem Gewerbeaufsichtsbeamten erklärten, daß die achtfundige Arbeitszeit wirtschaftliche Schädigungen nicht im Gefolge gehabt habe, die Gesamtleistung sei etwa die gleiche wie früher.“

Ueber die Wirkungen der achtfundigen Arbeitszeit konnten vom Landesgewerbeamt Hessen zuverlässigere Beobachtungen gemacht werden als in den Vorjahren. Die Nachwirkungen des Krieges auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter seien mehr und mehr verschwunden, und es wird von einem großen Teil der Arbeitgeber berichtet, daß die Arbeiter im allgemeinen wieder dasselbe leisten, was sie vor dem Kriege geleistet hatten.

Dem Jahresbericht des württembergischen Gewerbeaufsichtsamtes ist zu entnehmen, daß die erhöhte Arbeitsfreudigkeit, soweit sie sich in der Zunahme der Akkordarbeit äußerte, dazu beitrug, daß die Unternehmer nicht immer nur die Nachteile, sondern auch die Vorzüge der achtfundigen Arbeitszeit kennenlernten. Die Einführung weitgehender Arbeitszeit, mit der eine erhöhte Beanspruchung der Arbeitskräfte Hand in Hand ging, führte zur vollen Ausnützung der verfügbaren Arbeitszeit, so daß eine Verlängerung der letzteren die Grenze der Leistungsfähigkeit zum Schaden der Gesundheit der Arbeiter überschritten hätte. — Die Arbeitsleistung hat sich im Berichtsjahre, wie fast allgemein von den industriellen Arbeitgebern anerkannt wird, erfreulich gehoben, so daß nicht nur die Stundenarbeitsleistung der Vorkriegszeit erreicht, sondern auch überschritten wurde. — Eine große Maschinenfabrik im Regierungsbezirk Münster glaubt, daß ihre Leute bei achtfundiger Stücklohnarbeit heute schon 90 Proz. der zehnfundigen Friedensarbeit leisten, und in anderen Betrieben, einer ländlichen Eisen gießerei, einer Glashütte usw. wurden noch bessere Leistungen beobachtet.

3. Ueberarbeit.

Ausnahmebewilligungen zur Leistung von Ueberarbeit wurden im Jahre 1921 in 2094 Fällen vom Demobilisierungskommissar und in 1495 Fällen von den Gewerbeämtern, also insgesamt in 3589 Fällen für 1991 Textilbetriebe erteilt. Die Zahl der zurückgewiesenen Anträge belief sich auf 185. An der Ueberarbeit waren beteiligt über 16 Jahre alte Arbeiter 53 392; Arbeiterinnen 86 309 und jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 3093. Die Dauer der Ueberarbeit betrug in den meisten Fällen 2 Stunden pro Tag. Ausnahmebewilligungen für Sonn- bzw. Festtagsarbeit wurden 143 Textilbetrieben für insgesamt 177 Tage bzw. für 75 232 Stunden erteilt. Zurückgewiesen wurden 31 Anträge. Die Dauer der Arbeitszeit an diesen Tagen betrug in 33 Fällen bis zu 5 Stunden, in 135 Fällen über 5 bis zu 8 Stunden und in 3 Fällen über 8 Stunden. Beteiligt waren an der Sonntagsarbeit insgesamt 8319 Arbeiter.

Den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist zu entnehmen, daß die größte Anzahl der eingegangenen Anträge zur Erlangung von Ueberarbeit mit dem Mangel an Facharbeitern, daneben aber

in nicht unbeträchtlicher Zahl auch mit dem Hinweis auf kurzfristige Anträge begründet wurden. Im allgemeinen, abgesehen von einigen Ausnahmen, wurden diese Anträge nur in dringenden Fällen, und grundsätzlich auch nur dann befürwortet, wenn die Zustimmung der Betriebsvertretungen, sowie Bescheinigungen der zuständigen Arbeitsnachweisstellen beigebracht waren, daß geeignete Arbeitskräfte zur Wehrstellung in die Betriebe nicht vermittelt werden konnten. Wo die Frage, ob Ueberarbeit zu gewähren sei, auf ganze Industriezweige von Einfluß war, wurde teilweise mit den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber in Verbindung getreten zur Festlegung von Richtlinien. Jugendlöse Arbeiter wurden in den meisten Bezirken grundsätzlich von der Ueberarbeit ausgeschlossen.

Wie un begründet Ueberarbeitsanträge häufig noch gestellt werden, ergibt sich aus dem Umstande, daß beispielsweise Anträge zurückgezogen wurden, als das Gewerbeaufsichtsamt nähere Begründungen einforderte, andere Unternehmer die Anfragen nach einer solchen überhaupt unbeantwortet ließen, und schließlich weil noch andere sich weigerten, die Zustimmung des Betriebsrates nachzuholen.

Einige Berichte zeugen von einer bedauerlichen Haltung mancher Arbeitnehmer. So heißt es z. B. im Bericht des Aufsichtsamtes Hildesheim:

„Die Arbeitnehmer selbst waren im Einverständnis mit ihren Vertretern wegen der hohen Lohnzuschläge zur Ueberarbeit meist gern bereit, oft sogar ungehalten, wenn verlangt werden mußte, daß sie zugunsten Arbeitsloser unterbleiben sollte.“

Ebenso entnehmen wir dem Bericht aus Königsberg folgendes:

„Wie gerne manche Arbeiter Ueberstunden zu leisten bereit sind, beweist die Eingabe der Arbeiter eines Sägewerks, die dringend um Genehmigung einer neunfundigen Arbeitszeit baten, da durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit die Arbeiter am meisten geschädigt würden und von einer Ausbeutung ihrer Arbeitskraft keine Rede sein könne.“

Wessen sich christliche Textilarbeiterinnen schämen sollen.

Gelegentlich einer Textilarbeiterinnenversammlung in Chemnitz flocht die Referentin, eine unserer treuesten Kolleginnen, auch einige naturwissenschaftliche Betrachtungen in ihre Ausführungen ein. Sie beschäftigte sich kurz mit der Lehre von der Abstammung des Menschen. Da unsere Arbeiterinnenvereinigungen Schulung und Aufklärung unserer Kolleginnen zum Zwecke haben, lenkte die Referentin die Gelegenheit und zeigte, wie der Mensch als das Ergebnis einer langen Entwicklungsreihe der Lebewesen überhaupt betrachtet werden müsse. In einem vieltausendjährigen Ablauf des Naturgeschehens verfeinerten und vervollkommneten sich die Organismen mehr und mehr, bis sie schließlich den Weg von der einfachen Zelle zu dem vielgestaltigen Lebewesen, das wir Mensch nennen und das wir selbst sind, durchschritten hatten.

In dem Versammlungsbericht, den der „Textilarbeiter“ in Nr. 18 brachte, sprach eine Kollegin ihre Freude darüber aus, daß sie von diesen Dingen erfahren habe. Sie beklagte sich mit Recht darüber, daß die Volksschule aus durchsichtigen Gründen solche Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung verschweige. Wer kritisch denkt und wessen Auge für die Sprache der Tatsachen geschult ist, der war für das alte monarchistische Deutschland verdorben, denn ihn konnte man nicht mehr allen möglichen blauen Dunst vormachen — er glaubte ihn nicht mehr.

In jenem Versammlungsbericht verneint nunmehr der Christliche Textilarbeiterbund ein befürchtliches Fressen gefunden zu haben. Des öfteren schon nahm die „Textilarbeiterzeitung“ darauf Bezug und rief triumphierend: „Seht Arbeiterinnen, so werdet ihr eingeschätzt; der Deutsche Textilarbeiterverband erblickt in euch Geschöpfe, die von einem tierähnlichen Wesen abstammen.“ Damit soll den christlichen Arbeiterinnen das Gruseln vor unserm Verband beigebracht werden. Nur zweifeln wir freilich, ob die Christen ihren Zweck erreichen werden. Es ist keine Schande, ein Glied in dem großen Naturzusammenhang, der von der Zelle bis zum Menschen hinaufreicht, zu sein; es ist erst recht keine Schande, sich als ein solches Glied zu fühlen und um diese Zusammenhänge zu wissen. Je freier und entwickelter sein Geistesleben ist, desto weiter ist der Mensch von seinen vergangenen Entwicklungsstufen entfernt; je dürftiger sein Geistesleben ist, desto näher steht er noch seinem „tierähnlichen“ Vorfahren. Daß sich der Urheber der Angriffe auf unsere Arbeiterinnenbewegung dagegen wehrt, wenn von unsern naturgeschichtlichen Vorfahren gesprochen wird, begreifen wir; die ganze Unzulänglichkeit seines geistigen Zustandes ist für ihn in höchstem Maße bloßstellend. Wer eine weite Spanne zwischen sich und den „tierähnlichen“ Vorfahren zu legen verstanden hat, braucht sich seiner Entwicklungsgeschichte durchaus nicht zu schämen. Da das streitbare christliche Verbandsmitglied wohl Grund hat, seine Vorfahren zu verleugnen — steigt doch wahrhaftig die Schuld mehr bei ihm selbst als bei uns.

Selbstverständlich wollen wir den christlichen Verband nicht daran hindern, zu verlangen, daß seine weiblichen Mitglieder aus der Rippe des Mannes erschaffen zu sein haben. Wir hingegen finden nichts darin, daß sich unsere Kolleginnen als Glieder des großen Zusammenhanges alles Natürlichen empfinden und begreifen.

Fachblatt und soziale Frage.

Man schreibt uns aus Münchenberg: Ich muß Sie mal mit einigen Zeilen belästigen. Vor allem möchte ich empfehlen, mit jeder Nummer des Fachblattes zum Lesen des selben eindringlich aufzufordern: Mitglieder, lest eure Zeitung!

Frägt man im Laufe der Woche diesen oder jenen, ob er diesen oder jenen Artikel im Fachblatt gelesen habe, so bekommt man verneinende oder ausweichende Antworten. Und doch sind alle Artikel von so hohem sozialen Wert, daß keiner von ihnen ungelesen bleiben sollte. Freilich heße sich noch mancher wirksam ergötzen, denn die Arbeiterlage ist noch viel schlechter, als sie wiederholt im „Textilarbeiter“ geschildert worden ist. Unsere letzte Nummer schilderte wohl die Dinge, doch noch immer nicht so, wie sie wirklich sind. Es überstürzt sich ja alles: was jetzt ist, ist in einer Stunde schon nicht mehr.

Vor dem Kriege konnte ich mir für einen Tagesverdienst (der auch schon gering war) 4 Pfund Schweinefleisch kaufen, heute bekomme ich nur 1 1/2 Pfund für den Lohn aus zwei Wochen) oder einen dauerhaften Anzug oder 4 Paar Schuhe (heute 1 Meter Stoff, aber kein Paar Schuhe). Wollte mir gestern welche kaufen: 250 000 Mk. Mein Verdienst betrug aber nur 200 000 Mk.

Die Lebensmittel steigen von Tag zu Tag im Preise. Wo kommen wir noch hin?

Da hilft kein Reden mehr, da muß gehandelt werden. Heraus auf den Plan! Du oder ich! Wenn nicht, so lachen sich die ins Fränschen, welche dein Leben besser gestalten könnten, es aber nicht zu tun brauchen, weil du es nicht ernstlich forderst. Ja, sie! Man sieht sie, die Unternehmer, die vor dem Kriege schon hunderte von Arbeitern beschäftigten, aber nicht auf Rosen gebettet waren, sich heute prachtvolle Villen bauen lassend, im Auto fahrend und sonst allen Luxus treibend. Die Regierung sollte ihnen endlich alles Ueberflüssige abknöpfen und die Armen bei der Steuererhebung mehr schonen, wodurch deren Lage schon etwas erträglicher gestaltet werden könnte. Wenn solche sozialen Maßnahmen nicht bald ergriffen werden, so möchte man wünschen, daß es einmal drei Tage lang Schwefel und Feuer regnete und alles antisoziale Geschmeiß mit Haut und Haar vernichtet würde.

Die Lohnbewegungen in Schlesien.

Bei den Berichterstattungen über die Ergebnisse der Lohnverhandlungen geht es in unserem Bezirk oft recht lebhaft zu. Es dürfte dies eine Erscheinung sein, die in allen Gaubezirken mehr oder weniger hervortritt, bei denen den Verbandsfunktionären und -angestellten oft recht unberechtigte Vorwürfe gemacht werden. Es ist kein Geheimnis, daß die Preissteigerung eine erschreckende Not für die Arbeiter, insbesondere für die schlesischen Textilarbeiter mit sich gebracht hat. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß alle Teilnehmer von Arbeiterseite an Lohnverhandlungen alles getan haben, das denkbare Mögliche herauszuholen, um der Arbeiterschaft zu helfen.

Wir verhandelten nicht über die ganze Provinz, wie das in anderen Gaubezirken seit Jahren der Fall war, sondern der Reihe nach in sieben in sich abgeschlossenen Unterbezirken. Beim Scheitern der Verhandlungen mußte das umfängliche Verfahren mit den Schlichtungsausschüssen, den Demobilisierungskommissaren (wir haben deren drei in Schlesien) usw. eingeschlagen werden. Dadurch ging uns oft Woche auf Woche verloren, ehe eine Entscheidung zustande kam. Solange die Abschlüsse, deren Zustandekommen stets zwei bis drei Wochen für die ganze Provinz in Anspruch nahmen, auf 6, 4 und 3 Monate getätigt wurden, mochte es noch hingehen, aber in der Zeit der ungeheuren Geldentwertung war dieser Zustand unerträglich. Ganz richtig hatte deshalb die Verbandsleitung schon seit Jahren die zentrale Verhandlung verlangt. Immer und immer wieder hatten die Arbeitgeber diesen Antrag rundweg abgelehnt, da er praktisch nicht durchzuführen sei und die „Eigenarten“ der einzelnen Bezirke gewahrt werden müßten.

Endlich, am 5. Juni cr., gelang es uns zum ersten Male, „versuchsweise“ zentral zu verhandeln. Und es ging. Bei dieser Gelegenheit legten wir noch eine zweite Breche in den Verhandlungsmodus. Es gelang ferner, nur auf 3 Wochen abzuschließen, um so in kürzeren Intervallen der steigenden Teuerung entsprechend erhöhte Löhne zu erwirken. Und in der folgenden Verhandlung am 22. Juni bezielten wir die versuchsweise eingeführte zentrale Verhandlung nicht nur bei, sondern wir konnten die Geltungsdauer der Abschlüsse schon vor drei Wochen auf 14 Tage verkürzen. Jetzt gehen wir hierin mit allen anderen maßgebenden Lohnbezirken Deutschlands vollständig konform. Jedenfalls wollen unsere Kollegen diese beiden Errungenschaften zäher Gewerkschaftsarbeit anerkennen, denn dieser Erfolg hat auch einen nachhaltigen Einfluß auf den Lohn.

Durch die zentrale Verhandlung kommen die Kollegen schneller zu ihrem neuen Lohn, im Gegensatz zu den langwierigen Bezirksverhandlungen. Bei kürzeren Lohnabschlüssen kann der rapide steigende Teuerung gegenüber in Form sofort erhöhter Löhne ein besserer Ausgleich gefunden werden.

Wie steht nun mit den Löhnen? Wir erinnern uns noch gern eines Wortes eines prominenten Führers im schlesischen Textilindustriellenverband, der oft bei Verhandlungen aufbraute, als wir noch Stundenlöhne von 4 bis 6 Mk. aushandelten: „Meine Herren, das kann doch nicht bis in die Puppen gehen mit den Arbeitslöhnen!“ Inzwischen ist es wohl bis weit über „die Puppen“ gegangen und unsere schlesische Textilindustrie lebt und weht noch immer. Die Löhne sind seit einem Jahre ansehnlich gestiegen, und wir werden uns, wenn die Teuerung weiter solche Fortschritte macht wie in den letzten Wochen, noch an ganz andere Ziffern gewöhnen müssen. Jetzt sehen unsere Löhne so aus:

	Männlich	Weiblich
Juli 1922	11,80 Mk.	9,05 Mk.
10.—23. Juni 1923	24,2,—	17,26,—
24. Juni bis 7. Juli 1923	40,84,—	34,52,—

Gierzu Akkordzuschläge 10—20 Prozent.

Außer diesen erhielten wir noch für die Woche vom 18. bis 23. Juni eine Nachzahlung von 50 Proz. Die Lohnverhandlung am 22. Juni brachte uns zwar nicht die von uns verlangten 150 Proz., sondern nur 100 Proz. Wir glauben jedoch mit diesem Schritt unseren Kollegen aus anderen Bezirken nahe gekommen zu sein und hoffen, daß wir bald mit ihnen im gleichen Schritt marschieren können.

So wollen wir weiter bestrebt sein, das traurige Los der schlesischen Textilarbeiter zu lindern und zu bessern. Ein Beispiel dieser Art sei noch erwähnt. Bei dem Begräbnis in Reichensbach i. Schl. eines Sohnes achtbarer Eltern, der sich nach 34wöchiger Arbeitslosigkeit das Leben genommen hatte, sanken fünf Erwachsene am Grabe vor Schwäche, besser gesagt Hunger, zusammen und wurden wie tot vom Plake getragen. (Hört diese Anklage, ihr schlesischen Textilindustriellen.)

Möge es bald den berufenen Vertretern des ADGB und der Regierung gelingen, einen Weg in bezug auf die Wertbeständigkeit der Löhne zu finden, um die entsetzliche Not der Arbeiterschaft zu lindern. Mögen aber auch unsere Mitglieder nicht vergessen, ihre Beiträge der Lohnlage anzupassen. Wenn dann unsere Kritiker unseren Funktionären den guten Willen, zu helfen, anerkennen und die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden haben, würdigen, dann dürfte uns manche bittere Stunde erspart bleiben. Djer.

Dritte Arbeiterinnenkonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes (Gau Schlesien).

Abgehalten am 26. und 27. Mai 1923 im Breslauer Gewerkschaftshaus.

(Anfolge Verzehens verspätet.)

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben und im Staat.
2. Die besondere Stellung der Frau in der Textilindustrie und im Staat.
3. Die Bedeutung der Textilindustrie im Wirtschaftsleben und im Staat.
4. Jugend und Gewerkschaft unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Textilarbeiterjugend.

Die einleitenden Worte zur Konferenz sprach Kollege Gauleiter Fritsch, Siegnitz. Wir haben heute 2/3 weibliche Mitglieder, und deshalb verlangt die neue Zeit neue Ideen. Die Frau muß aus sich heraus neue Gedanken bringen und hoffen, daß die Konferenz eine fruchtbringende Arbeit unserem Verband bringen wird.

Das erste Referat hielt Kollege Niekisch von der Zentralleitung des Verbandes, Berlin. In längeren Ausführungen gab er ein Bild über die Stellung der Frau aus der alten bis zur heutigen Zeit. Mit dem Referat des Kollegen Niekisch war der erste Verhandlungstag beendet. Der zweite Verhandlungstag begann mit dem Vortrag der Kollegin Martha Hoppe, Berlin, in dem sie ausführte, daß die Textilindustrie immer war und auch in Zukunft noch mehr sein werde die Industrie der weiblichen Arbeiter und die Arbeitsdomäne der verheirateten Frau und Mutter; daher die große Bedeutung der Tätigkeit der Organisationen für den Arbeiterinnenstand. Die Rednerin besprach dann in großen Zügen und mit Erhärtung ihrer Darlegungen durch statistische Zahlen die Entwicklung der Frauen- und Arbeiterinnenbewegung, deren Bestrebungen wie den Mutterchutz und anderes, und schloß mit der Aufforderung, in allen Orten, wo Textilarbeiterinnen sind, Frauenkommissionen zu bilden, welche bestrebt sein müssen, das heute Dargelegte in die Tat umzusetzen.

Die Diskussion war eine ausgiebige; aus allen Orien meldeten sich Delegierten, die ihre Erfahrungen als Betriebsratsmitglieder oder Berichte über ihre Tätigkeit im Verbandesleben sowie sonstige soziale Einrichtungen in anschaulicher Weise vortrugen. Sie bewerteten auch die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben als Textilarbeiterin und versprachen, alles einzusetzen, um der Verelendung

der Textilarbeiterinnen (durch festen Zusammenschluß im Deutschen Textilarbeiterverband) Abhilfe zu schaffen. — Im dritten Referat besprach Kollege Riech, Berlin, die Notwendigkeit der Textilarbeiterjugend. — Die Diskussionsredner stimmten im allgemeinen den Ausführungen zu und versprachen, überoll Jugendabteilungen zu gründen; selbst wenn die Gründung derselben schwer werden sollte. Im Anschluß daran wurden Entschlüsse angenommen zur Heranziehung der Kolleginnen zu den Verbandsarbeiten, gegen Rätebittatur und gewerkschaftliche Zersplitterung und für die Bildung von Jugendgruppen.

Jugend.

Bielefeld. Am Sonntag, den 24. Juni, traf sich unsere Jugendabteilung um 6 Uhr früh am Bahnhof zu einer zweitägigen Ferienwanderung zum Steinhuder Meer. Der Zug brachte uns bis Bunsdorf, von dort ging es zuerst durch fruchtbare Felder in die Steinhuder Waldungen. Nach zweistündiger Pause wurde am Nachmittag eine Segelfahrt zu der künstlich angelegten Insel, welche im Jahre 1765/1767 gebaut und zur Festung ausgebaut wurde, angetreten. Gegen Abend Rückfahrt auf stürmischen Meer. Weitere geplante Unternehmungen wurden durch Regenwetter leider fast ganz vereitelt. — Am Montag abend trafen wir wieder wohlbehalten in Bielefeld ein.

Koffbus. Die erste Wanderung unserer Jugendgruppe fand am 23. Juni nach Dybin statt. Die Beteiligung war stark. Unser nächstes Ziel war Görlitz mit der Landeskrone. Von dort ging es nach Jittau und von da durchs Neißetal unserm Endziel zu. Unsere nächste große Tour findet in 4 bis 5 Wochen statt. W. B.

Aus der Textilindustrie.

Deutscher Textilaußenhandel im April 1923.

Auch die Aprilziffern sind infolge der Ruhsperre wiederum unvollständig. Auffällig ist indessen gegen März die Verdoppelung der Einfuhr von Rohstoffen, die allerdings nur auf Wolle und Baumwolle entfällt, und die Verdreifung derjenigen von Flach- usw. Geweben. Die Textilmaschineneinfuhr ist auf ein Minimum zurückgegangen.

Table with 4 columns: Einfuhr (in dz) April 1923, März, Bisheriger Monatsdurchschn. 1923, Monatsdurchschn. 1922. Rows include Rohseide und Florettseide, Wolle u. a. Tierhaare, Baumwolle, Flach, Jute, Hanf, etc.

Table with 4 columns: Einfuhr (in dz) April 1923, März, Bisheriger Monatsdurchschn. 1923, Monatsdurchschn. 1922. Rows include Rohseide und Florettseide, Wolle u. a. Tierhaare, Baumwolle, Flach, Hanf, Jute, etc.

Die Ausfuhr weist in den meisten Positionen sowohl von Rohstoffen wie auch von Fertigwaren einen Rückgang auf (etwa 20 bzw. 10 Proz.), nur die Ausfuhr von Flach, Hanf, Jute verdoppelte sich und die von Baumwoll- und Flachsgarnen, sowie von Seidengeweben nahm etwas zu. Die Ausfuhr von Textilmaschinen erfährt einen geringen Rückgang.

Leipz. Monatschr. für Textilind.

Erste deutsche Fachmesse 'Die Herrenmode', Berlin.

Der Reichsverband Deutscher Herrenaussstattungs-Spezialgeschäfte E. W., Berlin, wird vom 9. bis 11. August in Berlin in der großen Ausstellungshalle 'Kaiserdom' eine umfassende Ausstellung aller mit der Herrenmode verwandten Geschäftszweige unterhalten. Diese erste große Fachmesse soll einen Ueberblick über die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Herrenaussstattungs-Industrien geben und den Interessenten im In- und Auslande ein erschöpfendes Bild von ihrer Bedeutung bieten. Zum ersten Male werden alle Zweige der Herrenmode auf einer einzigen Schau vereinigt sein. Der Meldungsfrist ist der 10. Juli.

Soziale Rundschau.

Kurzarbeiter und Unterstützung für Ehefrauen.

In mehreren persönlichen Verhandlungen zwischen dem preussischen Wohlfahrtsminister und unserem Kollegen, Landtagsabgeordneten Lang, mußte sich der Minister den Darlegungen unseres Kollegen anschließen. Er hat in Verfolg dieser Verhandlungen — denen eine wohl begründete schriftliche Eingabe an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium voranging — folgende Anweisung gegeben:

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt. Berlin, den 8. Juni 1923. R. dem Herrn Regierungspräsidenten in Breslau

mit dem Bemerkten zurückgeandt, daß die Vorschrift des § 9 Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge sich auf Arbeitnehmerin schlechthin, also auch erwerbstätige Ehefrauen bezieht. Da die Bedürftigkeit eines Kurzarbeiters nicht nachgeprüft zu werden braucht, kann der verkürzt arbeitenden Ehefrau eines Kurzarbeiter-Unterstützungsempfängers gleichfalls Kurzarbeiterunterstützung gezahlt werden. Bei der Erwerbslosenunterstützung liegen die Verhältnisse infolge Prüfung der Bedürftigkeit anders. Der Antragsteller ist sofort in meinem Namen entsprechend zu beschreiben. S. M.: gez. Kugler.

Durch diese Anweisung ist nunmehr entschieden, daß die kurzarbeitenden Ehefrauen unterstützungsberechtigt sind und ihnen bisher zu unrecht die Unterstützung vorenthalten wurde.

In allen Betrieben, wo dieses Unrecht geschähen, können diese Ehefrauen erneut die Befriedigung ihrer Ansprüche verlangen, und zwar für die Zeit, für die sie kurzarbeiter-unterstützungsberechtigt sind bzw. waren.

Den Arbeiterräten erwächst die Pflicht, auf die Durchführung dieser ministeriellen Entscheidung zu drängen.

Die neuen Postgebühren.

Gültig ab 1. Juli 1923.

Table with columns: Ausschneiden!, Postanweisungen, Aufbewahren!, Drucksachen, Geschäftsbriefe, Warenproben, Päckchen, Patete, Zeitungspatete. Includes rates for various postal services.

Berichte aus Fachkreisen.

Brandenburg a. d. S. Heldenstücke. Unsere Textilarbeiterjugend der Filiale Brandenburg war am Sonntag, den 3. Juni an dem Gewerkschaftsfest in Behmin beteiligt und marschierte abends durch das Dorf Brühle (leider nicht geschlossen). Ein deutscher Heldenjüngling, geschmückt mit Hakenkreuz und Stahlhelmabzeichen, geriet durch das rote Tuch, entriß unserem Fahnenträger die Fahne, warf sie auf die Straße und wollte eben mit seinem Säbeln darauf heruntreten, als unser Jugendleiter den Romby zur Rede stellte. Der Burche stellte sich vor als der Sohn des Schlichtermeisters Schlichting aus Brandenburg, Gr. Gartenstr., und erklärte, er könne eben so eine Hofjahne nicht leiden, die richtige Fahne wäre schwarzweißrot. Obwohl schon die Absicht bestand, dem Burchen die Hofenstramm zu ziehen, zeigte doch unsere Jugend mehr Anstand und Bildung und zog ungedrossen ihren Weg weiter. Montag wurde den Eltern dieses Bubens die Angelegenheit unterbreitet, wobei dieser Held dastand wie ein begoffener Pudel. Die Eltern haben die zerschlagene Fahnenstange bezahlt. Da es hier noch mehr solche Hakenkreuzler und Patentpatrioten gibt, so wird unsere Arbeiterschaft und ganz besonders die Jugend sehen, daß man bei jeder Gelegenheit einig und geschlossen sein muß, damit nicht jeder Lausjunge eines Tages nicht nur die Fahne, sondern auch die Arbeiterschaft selbst treten kann.

Eibau-Waldorf. Der Kollege Gustav Schöbel kann am 20. Juni auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Innerhalb unserer Ortsgruppe hat er in einer langen Reihe von Jahren immer mit zum Besten des Verbandes gewirkt. Als Ortsstasifier hat er seit einigen Jahren geradezu musterhaft gearbeitet. In den Jahren, wo noch der 'Herr-im-Haus-Standpunkt' auch in Eibau vorhanden war, mußte der stille Kollege Schöbel, gemahregelt, sein Brot in weiter Ferne verdienen.

Die Kollegenschaft von Eibau-Waldorf wünscht diesem Klassenkämpfer zu seinem Ehrentage, daß er noch lange Jahre in ungebeugter Kraft seine Dienste der Organisation widmen kann, den Jüngeren aber ein leuchtendes Beispiel zäher, erprobter Arbeit im Dienste unserer Organisation sein möge.

Freiburg i. Schlef. Eine hier am 9. Juni abgehaltene Versammlung der Frauen aus der Textilindustrie erhob schärfsten Protest gegen die wucherische Vertuierung der Lebensmittel und forderte strenge Bestrafung alles Wuchers, damit Ruhe und Frieden nicht durch unerlaubte Selbsthilfe eine Störung erfahre.

Krefeld. Verbandsjubiläum. Auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft blüht unser Kollege Heinrich Kracker, Weber, in den Verband eingetreten am 24. April 1898, zurück. Aus diesem Anlaß überbringen wir ihm die herzlichsten Glückwünsche und sprechen zugleich die Hoffnung aus, daß er dem Verbande noch viele Jahre als treues Mitglied erhalten bleibe.

Die Ortsverwaltung Krefeld. Die Ortsverwaltung Krefeld hat im Dezember vorigen Jahres entbinden müssen. Als sie sich nach ihrer Wiederherstellung zur Arbeit meldete, wurde sie von der Firma S. F. Petrich nicht wieder eingestellt. Die Firma gibt als Gründe ihrer Weigerung an, daß die Leistungen der Arbeiterin sie nicht befriedigt habe. Ferner könne es ihr bei der heutigen Lage nicht zugemutet werden, für eine weniger leistungsfähige Person eine neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen, da ihre frühere Arbeitsstelle durch eine andere Arbeiterin inzwischen besetzt worden sei. Sowohl der Arbeiterrat als auch die Gewerkschaft bemühten sich in mehreren Verhandlungen, die Firma von ihrer falschen Auffassung abzubringen und sie zur Wiedereinstellung der Arbeiterin zu bewegen. Auch der auf Grund des Betriebsrätegesetzes und der Demobilisierungsverordnung angerufene Schlichtungsausschuß in Rottbus

entschied zugunsten der Arbeiterin und gab der Firma auf, die Arbeiterin wieder einzustellen. Selbst der Schlichtungsausschuß vermochte die Einwendungen der Firma nicht als glaubwürdig und richtig anzuerkennen, obwohl sie mehrere Zeugen, darunter auch den bekannten Betriebsleiter Krotzsch, zur Verhandlung aufgeboden hatte. Wer nun glaubte, die Arbeiterin sei nach der Abfuhr, die die Firma sich beim Schlichtungsausschuß geholt hatte, von ihr wieder eingestellt worden, der befindet sich auf dem Holzwege. Sie zahlte der Arbeiterin die vom Schlichtungsausschuß festgesetzte Entschädigung aus und glaubte nunmehr die 'lästige Frauensperson' los zu sein. Anders dagegen dachte die Arbeiterin und ihre Gewerkschaft. Sie wandten sich an den Demobilisierungskommissar und beantragten die Verbindlichkeitserklärung des vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruches. In der mündlichen Verhandlung vor dem Demo wurde nochmals die ganze Haltlosigkeit der von der Firma vorgelegten Behauptungen zerpflückt, so daß jeder einigermaßen einsichtige Mensch ohne weiteres seinen Widerstand gegen die Wiedereinstellung aufgeben hätte. Anders jedoch Herr Wissinger, der sich wie besessen an die objektive falsche Darstellung seines Meisters und des Betriebsleiters klammerte. Er brachte es sogar fertig, sich auf das Zeugnis eines Arbeitgebers, bei dem die Arbeiterin einige Wochen gearbeitet und wegen schlechter Bezahlung die Stelle verlassen hatte, zu berufen. Herr Wissinger hätte besser darüber geschwiegen, denn nach der Bezahlung, die als Hungerlohn bezeichnet werden mußte, zu urteilen, hat die Arbeiterin damals noch viel zu viel gearbeitet. Auch mit diesem Einwand fand Herr Wissinger keine Gegenliebe, — alles war vergeblich gewesen. Die Entscheidung des Demo ist auch zugunsten der Arbeiterin ausgefallen und der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden. Wer nun erwartete, daß Herr Wissinger sich der Entscheidung des Demo gefügt hat, befindet sich im Irrtum. Der Arbeiterin wurde ein Schreiben zugesandt, mit der Aufforderung, sich am nächsten Tage im Kontor zu melden, und als sie hintank, wurde sie nicht eingestellt, sondern es wurde ihr durch Herrn Wissinger erklärt, daß er auf ihre Dienste verzichte und erneut das Arbeitsverhältnis kündige. Die Arbeiterin muß nun zum dritten Male den Schlichtungsausschuß anrufen und kann dabei mit ihren Kindern verreden, was kümmerlich Herrn Wissinger. Er setzt sich über alles menschliche Empfinden hinweg, weiß er doch, daß ihn niemand zwingen kann, Leute zu beschäftigen, die ihm nicht genehm sind. Das Verhalten Wissingers ist diktiert vom brutalen Herrenmenschenstandpunkt, der, auf seinen Geldsack pochend, andere ins Verderben stürzt. Der Fall zeigt aber auch mit aller Deutlichkeit, daß ein Einspruchsrecht für die Arbeiter wertlos ist, wenn nicht zugleich den Unternehmern der Zwang zur Weiterbeschäftigung auferlegt wird.

Inzwischen ist der Streitfall durch einen Vergleich beigelegt worden. Die Firma zahlt der Arbeiterin den tariflichen Lohn ab 7. März bis Juni einschließl. und die Arbeiterin nimmt ihren Einspruch zurück.

Briefkasten.

A. B. M. 400. Das wissen wir leider auch nicht.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 8. Juli, ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Aut. Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundenentkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Adressenänderungen.

(Im neuen Verzeichnis zu ändern.) Gau Dresden. Großenhain. Telephon: Amt Großenhain Nr. 328.

Kerong; Paul Galtisch; Pauline Kieckbusch. Chemnitz. Baumann, Elsa. Chan, Marie Klara. Lange, Moritz. Finsterwalde. Adolf Diehner; Elisabeth Jurt; Fritz Lehner; Kitzberg i. Sa. Klara Kramer. Rheine. Heinrich Heidrich. Sebnitz. Ernestine Müller. Thalheim i. Erzgeb. Helmut Roher, Brünlos. Ehre ihrem Andenken!

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bayreuth. Elisabeth Kassel. Berlin. Ottomar Spindler; Emma

Für unsere Mitglieder! Für Naturfreunde.

Spaziergänge in der Natur, von Grottenwitz. Ladenpreis 6000, für nur 3000 Mt. Ins Leben hinein, für die Jugend zusammengestellt von Engelbert Graf. Ladenpreis 10 660, für 6000 Mt. Die Schwelle, Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend. Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen. Ladenpreis 10 560, für 6000 Mt. Dort, wo der Menschheit Wiege stand, von Dr. O. Hausler. Ladenpreis 11 000, für 6000 Mt. Das Gesundheitsbuch der Frau, von Prof. Grotzahn. Ladenpreis 22 000, für 12 000 Mt. Platon, Betriebsrätegesetz nebst Ergänzungsgesetzen. Vorzugspreis anstatt 32 000 für 20 000 Mt. Da Bücherpreise noch ständig steigen, ist baldige Bestellung geboten. Porto und Verpackung extra. Deutscher Textilarbeiterverband, Abt. Bücherverband. Berlin O. 27, Magazinstrasse 6/7, II.

Auszug

aus den Sühneverhandlungsschriften, aufgenommen beim Stadtrat Bayreuth am 1. Juni 1923.

Kläger

Goller, Johann,

Geschäftsführer.

Beklagter

Rüfner, Adam,

Weber.

Ergebnis:

Zwischen den Parteien kommt folgender Vergleich zustande: Der Beklagte Rüfner erklärt: Ich bin mir nicht bewußt und kann mich nicht erinnern, die mir in den Mund gelegte Verleumdung ausgesprochen zu haben; daß Geschäftsführer Goller von den Unternehmern Millionen von Geldern erhalte.

Sollte ich aber etwas dergartiges gesagt haben, so erkläre ich das als frei erfunden und nehme meine Worte mit Bedauern zurück. Der Kläger Goller ist berechtigt, von dieser Erklärung beliebigen Gebrauch zu machen, insbesondere sie auf Kosten des Beklagten im Fachorgane der Textilarbeiter zu veröffentlichen. Der Kläger verzichtet auf Ausstellung des Klagezeugnisses.

Bayreuth, den 1. Juni 1923.

Popp, Bürgermeister.

Redaktionsfrist für die nächste Nummer Freitag, 6. Juli

Verlag: Carl Göttsch in Berlin, Magazinstrasse 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Dörfel in Berlin. Für alles andere: Paul Wagner in Berlin. — Druck: Schwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!